

1711/AB XXI.GP
Eingelangt am:07.03.2001

BUNDESMINISTER
FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GENERATIONEN

Ich beantworte die an mich gerichtete Anfrage der Abgeordneten Gabriele Moser betreffend „EU - Lebensmittelpolitik“, Nr. 1732/J, wie folgt:

zu Frage 1:

Aus österreichischer Sicht ist es zu begrüßen, dass am 8. November 2000 von der Europäischen Kommission (EK) ein Verordnungsvorschlag vorgelegt wurde, der u.a. auch die Grundsätze und Erfordernisse für ein allgemeines Lebensmittelrecht festlegt. Österreich kann sich mit den darin festgelegten Zielen (Sicherung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus, klare und einheitliche Begriffsbestimmungen, Anwendung des Vorsorgeprinzips, Schutz der Verbraucher vor Täuschung und Zugang zu präzisen Informationen, Rückverfolgbarkeit von Lebens- und Futtermitteln, Verantwortlichkeit der Hersteller) identifizieren.

Der Vorschlag wird unter Mitwirkung der Mitgliedstaaten in Brüssel diskutiert. Es bedarf jedoch noch der Lösung zahlreicher Fragen, beispielsweise bezüglich des Verhältnisses eines EU - Lebensmittelrechtes zu den bestehenden nationalen Rechtsordnungen, die sich überdies im Aufbau und Zuständigkeiten voneinander unterscheiden, sowie bezüglich mancher Definitionen, für die Österreich eigene, seit langem bewährte Vorbilder vorweisen kann. Auch das Verhältnis zu den zahlreichen bereits bestehenden Gemeinschaftsregelungen und deren Weiterentwicklung ist zu klären.

Österreich und andere Mitgliedstaaten schlagen daher vor, statt der vorgesehenen Rechtsform einer Verordnung für diesen Teil des Vorschlages die Rechtsform einer Richtlinie zu wählen, die ohne Abweichung in der Sache - die einzelstaatliche Übernahme durch Umsetzung entsprechend der jeweiligen nationalen Zuständigkeiten erleichtern würde.

Die ebenfalls vorgeschlagene Trennung der das Lebensmittelrecht betreffenden Teile des EK - Vorschlages von jenem Teil, der die Lebensmittelbehörde betrifft, würde vermutlich zu einem rascheren Abschluss und damit zu einer schnelleren Realisierung dieser Behörde führen.

zu Frage 2:

Weder meinem Ressort noch dem für das Produkthaftungsrecht zuständigen Bundesministerium für Justiz ist ein Vorschlag der Kommission für eine Produkthaftung für die Hersteller von verarbeiteten Lebensmitteln bekannt.

Das europäische Produkthaftungsrecht war schon bisher für alle von Unternehmen in Verkehr gebrachte fehlerhafte Verarbeitungsprodukte (d.h. auch für verarbeitete Lebensmittel) anwendbar.

Zuletzt wurde die Produkthaftung auch generell auf landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgedehnt.

zu Frage 3:

Abgesehen von der Bezeichnung „Europäische Lebensmittelbehörde“ (ELB), wie er im Kommissionsvorschlag verwendet wird, ist Österreich mit den vorgesehenen Aufgaben und Strukturen dieser Organisation grundsätzlich einverstanden. Die Bezeichnung „Behörde“ ist nach h.o. Auffassung nicht präzise, weil die ELB nicht mit Regelungsbefugnissen ausgestattet werden soll, also keine behördlichen Aufgaben wahrnehmen, sondern der wissenschaftliche Beratung dienen soll. Ihre Arbeitsweise wird mit fachlicher Exzellenz, Unabhängigkeit von äußerem Druck und Transparenz ihrer Verfahren umschrieben.

Die ELB hat dabei dem Grundsatz der klaren Trennung von Risikobewertung - als ihre Aufgabe - und Risikomanagement - als Aufgabe der politisch und rechtlich Verantwortlichen - zu folgen. Bei ihrer Arbeit soll die ELB vorausschauend Maßnahmen ergreifen, um auftretende Risiken identifizieren und überwachen zu können.

Im Hinblick auf die nicht nur in Österreich sondern auch international feststellbare Zielsetzung, für das angestrebte hohe Schutzniveau wissenschaftliche Gutachten höchster Qualität heranzuziehen und dabei in Zusammenhang mit der Risikoanalyse der Risikobewertung besonderes Gewicht zu verleihen, hat Österreich schon bisher die Errichtung einer unabhängigen, auf diese Aufgaben ausgerichteten Agentur unterstützt.

zu Frage 4:

Ein wichtiger Schritt wurde bereits mit der Einführung der verpflichtenden Rindfleischetikettierung, Verordnung (EG) 1760/2000, ab 1. September 2000 gesetzt. Damit wird für verschiedene Rindfleischerzeugnisse eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in zwei Stufen eingeführt.

Ein weiterer Schritt sind Verbesserungen bei der Kennzeichnung der Haltungsformen von Hühnern beim Inverkehrbringen von Eiern im Rahmen der Marktordnungsregelungen. Diese Verbesserungen, die im Zuständigkeitsbereich von Bundesminister Mag. Molterer liegen, werden von mir unterstützt.

zu Frage 5:

Die Europäische Kommission hatte zu verschiedenen Richtlinien aus dem Lebensmittelbereich Evaluierungsbesuche abgestattet. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das System der Lebensmittelkontrolle als funktionierendes Instrument angesehen wird. Es wurden dabei aber auch Schwachstellen identifiziert. Insbesondere wurde die mangelhafte Kommunikation zwischen zentralen Stellen und den Vollzugsorganen in den Bundesländern, die mangelhafte Ausbildung der Lebensmittelaufsichtsorgane und die Personalknappheit auf beiden Ebenen aufgezeigt.

Zur Verbesserung der Situation wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Probleme in Vollzugsfragen, insbesondere auf dem Gebiet der Hygiene, behandelt und Lösungsvor-

schläge ausarbeitet. Auch der Proben - und Revisionsplan bzw. der Tätigkeitsbericht wurden adaptiert, um gezieltere und bessere Informationen zu verschiedenen Details zu erhalten. Damit soll die Koordination der Tätigkeit der Lebensmittelaufsicht in den Ländern verbessert werden.

Hervorzuheben sind jedoch auch die positiven Rückmeldungen aus Anlass von Kontrollbesuchen der Europäischen Kommission.